

# Zeichen der Zeit : "Weniger Solidarität"?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 10

PDF erstellt am: **11.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zeichen der Zeit «Weniger Solidarität»?

Wenn eine Partei mit dem Aufruf zu «weniger Solidarität» auf Stimmenfang gehen kann, dann ist das auch ein Zeichen der Zeit, ein trauriges freilich, ein «Zeichen an der Wand». So schreibt die Schweizerische Volkspartei (SVP) des Kantons Zürich in einem ihrer Inserate: «Solidarität heisst – die andern sollen zahlen!» und lässt die Parole folgen: «Weniger Solidarität – mehr Eigenverantwortung!» (NZZ 24./25.8.99). In einem weiteren Inserat wird gar die Gleichung «weniger Solidarität – weniger Asylmissbrauch» (TA 14.8.99) gemacht. Die «Solidaritätsschwätzer» hat der oberste Schwätzer der Zürcher SVP schon in seiner letzten Albigüetlirede verunglimpft. Gegen den Sozialstaat, diese wichtigste politische Errungenschaft in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, bemüht Blocher gar das «süsse Gift des Sozialismus», das schon die neoliberale Anti-Ethik von F.A. von Hayek zur sozialpolitischen Brunnenvergiftung verwendet hat. Blocher scheut auch nicht den Griff in die Mottenkiste des vorigen Jahrhunderts, um seine ideologischen Versatzstücke zu verbreiten. Sie lauten etwa: «Wenn jede mitmenschliche Fürsorge an den Staat delegiert wird, wenn wir ständig umverteilen, ohne dass die Empfänger in der Notsituation stecken, vernichten wir nicht nur die Selbsthilfe, sondern auch die Bereitschaft zu helfen.»

### Welche Umverteilung?

Wer den Sozialstaat der Umverteilungs-ideologie bezichtigt, verkennt die ganz andere Umverteilung, die tatsächlich im Gange ist, eine geradezu gigantische Umverteilung *von unten nach oben*: In der Schweiz verfügen die obersten 3 Prozent

über gleichviel Vermögen wie die übrigen 97 Prozent zusammen. Die ausbezahlten Kapitalgewinne haben um 80 Prozent zugenommen, während sich die Löhne real kaum veränderten. Die goldene Ausgabe der Zeitschrift BILANZ vom Dezember 1998 hat gezeigt, dass die reichsten Schweizer in den letzten zehn Jahren um 172 Mia. Franken reicher geworden sind – während die gesamte Wertschöpfung in diesem Zeitraum nur um 85 Mia. zunahm. Neuerdings übersteigen die Börsengewinne gar die Arbeitseinkommen. 1997 lag das Verhältnis bei 280 zu 250 Mia.

Das alles hindert den Herrn Blocher nicht, sich über die Umverteilung durch den Sozialstaat zu mokieren: «Es ist einfach, das Geld anderer Leute zu verteilen und sich damit erst noch zu brüsten.» «Den Fleissigen nehmen, um den Faulen zu geben», gegen diesen «Sozialismus pur» macht auch eine «Einladung zum Seniorennachmittag» (NZZ, 20.2.99) Stimmung. Immerhin war es der Sinn der *Sozialen Marktwirtschaft*, zwar nicht in den Markt einzugreifen, aber wenigstens dessen ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung über Steuern und Sozialleistungen zu korrigieren. Nachdem unsere Kalten Krieger gesiegt haben, ist Soziale Marktwirtschaft für sie offenbar kein Thema mehr. Dem verbliebenen System fehlt das, was es am meisten propagiert: die Konkurrenz. Die Angst vor einem Systemwechsel ist gewichen, Konzessionen an den sozialen Frieden sind entbehrlich geworden. Sie gehörten zur Strategie im Kalten Krieg, auch wenn sie damals als Ausdruck von Solidarität dargestellt wurden.

Heute ist der Sozialstaat nur noch ein lästiges Überbleibsel, durch das die Lei-

stungswilligen «ausgenützt, für dumm verkauft und für ihren Einsatz bestraft» werden, um die «galoppierende Ausgabenflut des Staates zu decken». Das sagt in seiner Albigüetlirede derselbe, dessen Vermögen seit 1993 Jahr für Jahr um 200 Mio. wächst, während sein steuerpflichtiges Einkommen immer etwa 1 Mio. Franken beträgt. Seine effektive Einkommenssteuer dürfte daher weit unter einem Prozent liegen. Anders gesagt: 99 Prozent des Blocherschen Einkommens sind steuerfrei. Die fehlende Kapitalgewinnsteuer macht's möglich. «Der Durchschnittsbürger wagt von solchen Verhältnissen nicht einmal zu träumen», sagt der Lausanner Wirtschaftsprofessor Thomas von Ungern-Sternberg (Cash 25.6.99). Neuerdings lässt Blocher seine Steuerdaten sperren. Dazu hat er wohl allen Grund. Das neue kantonale Steuergesetz, das seine SVP durchgesetzt hat, macht's ebenfalls möglich.

Den *Kanton Zürich* hat sich die SVP als Experimentierfeld für eine unsoziale Steuerabbaupolitik vorgenommen. Zwar wurden die potenten Steuerzahler auch in der Vergangenheit mit Steuergeschenken überhäuft. Seit 1983 betragen die aufsummierten Steuerentlastungen in diesem Kanton 25 Mia. Franken, während die Staatsschuld auf 10 Mia. gestiegen ist. Damit nicht genug, will die SVP die Staatsausgaben um 1,3 Mia. kürzen und den Steuerfuss um weitere 20 Prozent senken. Hinzu kommt eine Initiative zur Abschaffung der Erbschaftssteuer, die dem Kanton Steuerausfälle von jährlich 400 Mio. bescheren würde.

Wo aber will die SVP sparen? Nach dem Motto «weniger Solidarität» natürlich bei den *Sozialleistungen*. Die Zürcher Kantonsratsfraktion fordert in einem ihrer holprigen Sätze: «Fürsorge und Sozialleistungen sind auf die existenzsichernde Bedürftigkeit zu beschränken.» Diese wird als «Existenzminimum nach Betreibungsrecht» definiert. Der Sozialstaat soll also durch den *Fürsorgestaat* ersetzt, die öffentliche Fürsorge aber nicht etwa ausgebaut, sondern auch noch auf das betreibungsrechtliche Existenzmini-

um heruntergefahren werden. Den Sozialstaat ideologisch sturmreif zu schiessen, ist das Ziel der kantonalzürcherischen SVP, ihrer Inserate und Publikationen. Dazu gehört die Behauptung, dass der Sozialstaat den Willen zur Selbsthilfe und die Hilfsbereitschaft unter den Menschen vernichte.

### **Wer verbreitet die soziale Eiseskälte – der totale Markt oder der Sozialstaat?**

«Wahrhaft soziales Verhalten des einzelnen bedeutet, für sich selbst zu sorgen und den andern nicht zur Last zu fallen», höhnt die Albigüetlirede. Oder klingt sie etwa nicht wie Hohn für die 250 000 *Working poor* in unserem Land, die zwar zu 100 Prozent arbeiten, aber trotzdem keinen existenzsichernden Lohn erhalten? Und was sollen jene – selbst mittelständischen – *Familien* dazu sagen, wenn Kinder für sie zum Armutsrisiko werden? Nein, nicht der Sozialstaat führt zur Entsolidarisierung, sondern die Entsolidarisierung gefährdet den Sozialstaat. Die Abstimmung über die *Mutterschaftsversicherung* brachte es an den Tag. Es war ein Nein der über 40jährigen, «aus purem Neid», wie die Sonntagszeitung, gestützt auf Meinungsumfragen, schrieb. Es war ein Nein, für das sich vor allem die SVP stark gemacht hat. Dieselbe SVP, die sehr wohl um den Wert der Existenzsicherung weiss, wenn es um ihre Klientel in der *Landwirtschaft* geht, die jährlich vom Staat mehr als vier Milliarden bezieht. Im Kanton Zürich veranstaltet die SVP schon ein grosses Lamento, wenn die Regierung «Hangbeiträge» und Kinderzulagen für die Landwirtschaft, ja nur schon Subventionen für «Bezirksviehschauen» streichen will...

Diese Neokonservativen verbreiten die soziale Eiseskälte, für die sie den Sozialstaat verantwortlich machen. Die Entsolidarisierung auf den Sozialstaat zurückzuführen, ist ein *ideologisches Ablenkungsmanöver* von den wirklichen Ursachen und erst noch eine Schutzbehauptung für durchsichtige materielle Interessen. Wenn die Solidarität in diesem Land

zerbricht, dann nicht wegen der sozialen Gerechtigkeit, die der Sozialstaat verwirklicht, sondern wegen der Tendenz zu einer Marktgesellschaft, die möglichst alle zwischenmenschlichen Beziehungen in Geld auflöst. Der freisinnige alt Ständerat *Andreas Iten* führt in seiner bemerkenswerten Kritik an der Albisgüetlirede die Entsolidarisierung auf eben diese «Monetarisierung des Wertesystems» zurück. Iten meint denn auch, Blocher täte besser daran, seine Kritik an der «auf Gewinne getrimmten Amüsiergesellschaft» anzusetzen und die «verbreitete Gier nach Geld und raschen Gewinnen» zu beklagen. Weiter schreibt Iten: «Der gnadenlose Wettbewerb der Länder um Standortvorteile treibt üppige Blüten. Das Menschenbild hat sich geändert. Mit einem Schlag ist die Welt kälter geworden. Und da wundert sich Christoph Blocher, und er findet dafür eine Erklärung im Sozialismus...» (Blochers Populismus + Widerspruch, Zürich 1999, S. 51f.).

Die Kritik am ökonomischen Materialismus würde einem echten Konservativen wohl anstehen. Doch die Ideologie der Zürcher SVP ist nicht einmal konservativ, sondern Ausdruck eines blanken *Opportunismus*, dessen Grundsatzlosigkeit mit einem Wust konservativer Phrasen über-tüncht wird. Der Sozialstaat wird ja nicht deshalb bekämpft, weil er die Wurzel der Entsolidarisierung wäre, sondern weil diese Polemik von der Ursache ablenken soll, die der heutige «Dschungelkapitalismus» ist, von dem Blocher & Co. geradezu schamlos profitieren.

Je mehr sie den verhassten Sozialstaat aushungern, umso mehr können sie sich steuerlich entlasten. Und je mehr dadurch die sozialen Verwerfungen zunehmen, umso mehr werden diese Politiker die Ängste der Menschen auch noch auszu-beuten versuchen. Die Fremden, vor allem die *Asylsuchenden*, eignen sich vorzüglich als Sündenböcke. Die Albisgüetlirede prägt das Unwort des «Asylantismus», der hierzulande betrieben werde. Auf einem Plakat zerreisst eine düstere Gestalt die Schweizerfahne: Es ist der fremde und

böse «Asylant», der «uns» bedroht. Die Kantonsratsfraktion der Zürcher SVP «verlangt, dass der Kanton Zürich sich nötigenfalls weigert, Flüchtlinge aufzunehmen, wenn der Bund seiner Aufgabe nicht nachkommt.» Der Vorwurf des «Asylantismus» gibt damit auch noch den Rechtsstaat der Lächerlichkeit preis. Um die Fremdenfeindlichkeit auf die Spitze zu treiben und immer neu anheizen zu können, sollen selbst die Einbürgerungen in der Stadt Zürich der Volksabstimmung unterbreitet werden. «Weniger Solidarität» wird zum traurigen Markenzeichen deroutierter Kleinbürgerinnen und Kleinbürger.

«Die «Asylanten» und nicht die entfesselten Märkte im Dienst eines raffgierigen Kapitals sind an allem sozialen Elend schuld. So profitieren die *Reaktionäre* auf allen Fronten: Sie schleifen den Sozialstaat, bereichern sich durch Umverteilung von unten nach oben und sagen denen, die unten sind, schuld seien jene, die von noch weiter unten kommen und ihnen Arbeitsplätze und Sozialleistungen streitig machen. Auf diese Weise lassen sich Wahlen gewinnen, die es erlauben, den Sozialstaat noch mehr abzubauen und dadurch noch mehr Frust zu erzeugen, der sich noch mehr ausbeuten lässt.

\*

Die Wahlveranstaltung der gesamtschweizerischen SVP Mitte August stand unter dem Motto: «Eine gegen alle, alle gegen eine!» Mit «eine» war die SVP gemeint. Diese Umkehrung der gut schweizerischen Solidaritätsmaxime kommt aber nicht von ungefähr. Gottfried Keller hat diesen Zerfall des Gemeinwohls vorausgehen, als er vor den Millionenkerlen warnte, die in der Zwischenzeit zu Milliardenkerlen mutiert sind. Im «Fähnlein der Sieben Aufrechten» schrieb er: «Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschaft besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben...»